



Stellungnahme

des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte e.V. (FVDZ)

zu dem Grünbuch
„Über Arbeitskräfte des Gesundheitswesens in Europa“
(KOM (2008) 725/3)

In dem vorliegenden Grünbuch wird die zukünftige Entwicklung im Arbeitskräftebereich im Gesundheitswesen in den europäischen Staaten analysiert, wobei u.a. die Herausforderungen, vor denen die Gesellschaft auch finanziell hinsichtlich der Bezahlbarkeit der Gesundheitssysteme steht, beschrieben werden (u. a. demographische Entwicklung, Fortschritt in der Medizin).

Es wird grundsätzlich begrüßt, dass die Europäische Kommission in diesem Zusammenhang Strategien entwickelt, wie dem Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich entgegnet werden kann.

Lösungsansätze der EU-Kommission

Zur Bekämpfung eines sich nach Auffassung der EU-Kommission verstärkenden Fachkräftemangels im Bereich der Gesundheitsversorgung, die auch auf Grund einer steigenden Leistungsnachfrage entstehen wird, sieht die EU-Kommission im wesentlichen folgende Lösungsansätze:

- Es sollen verstärkt ältere Mitarbeiter im Gesundheitswesen eingestellt werden bzw. Berufsrückkehrer aktiviert werden, um die personellen Kapazitäten wieder aufzustocken.
- Ausgesprochen wird sich für eine effektivere Planung und für mehr Investitionen im Bereich der Aus-, Weiter- und Fortbildung von Personal und eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten.
- Es wird dafür votiert, dass die Mitgliedsstaaten – vor dem Hintergrund einer sich verändernden gesundheitlichen Versorgung (u. a. Einführung neuer Technologien, Bevölkerungsalterung, Anstieg der Zahl multimobiler älterer Patienten) – prüfen müssten, welche Art Fachkenntnisse benötigt werden.
- Daran gedacht wird, dass im Rahmen von bilateralen Vereinbarungen etwaige Überschüsse an Ärzten und Krankenpflegepersonal im Rahmen einer „zirkulären Mobilität der Beschäftigten“ ausgeglichen werden.



- Von der Erhebung von Daten zur Personalsituation im Gesundheitswesen (u. a. Erfassung von Personen, die im Ausland arbeiten) wird sich eine bessere Steuerung des Arbeitskräftebedarfes versprochen
- Eine hohe Effizienzsteigerung wird sich von der Einführung neuer Technologien im Bereich Telemedizin versprochen (u. a. Möglichkeit Behandlung Wohnort-näher anzubieten).
- Ausdrücklich befürwortet wird , die Selbstständigkeit im Gesundheitswesen zu fördern, um die Planung der Leistungserbringung zu verbessern und neue Arbeitsplätze zu schaffen; Selbstständige hätten im besonderen Maße Bedeutung für das Arbeitskräfte-Potenzial im Gesundheitswesen.

Bewertung

Hinterfragt werden muss, ob die Lösungsansätze der EU-Kommission geeignet sind, den Fachkräftemangel im Gesundheitswesen in der Europäischen Kommission nachhaltig auszugleichen. Vor dem Hintergrund des aufgezeigten steigenden Bedarfs an Fachkräften im Gesundheitswesen und dem Problem der Finanzierbarkeit ist zu fragen, ob die vorgeschlagenen Lösungen geeignet sind, um zu den gewünschten Resultaten zu kommen.

Die vorgeschlagenen Ausbildungskapazitätssteigerungen bei den Gesundheitsberufen müssen finanziert werden. Das Gleiche gilt für den vorgeschlagenen verstärkten Einsatz neuer Technologien oder die verstärkte Einstellung von älteren Mitarbeitern bzw. Berufsrückkehrern, um die personellen Kapazitäten wieder aufzustocken. Wie dies finanziert werden soll, bleibt offen.

Der Weg darf keinesfalls dahin führen, dass im Bereich der Heilberufe beispielsweise ein Ärzte- oder Zahnärztemangel dadurch behoben wird, dass medizinischen Hilfsberufen ärztliche oder zahnärztliche Aufgaben im Rahmen eines eigenständigen Berufsbildes und einer selbständigen Berufsausübung übertragen werden. Mit seiner langjährigen universitären und klinischen Ausbildung ist der Arzt und Zahnarzt ganzheitlicher Ansprechpartner des Patienten, der nicht nur isoliert auf Teilaspekte der Medizin schaut und die medizinischen Wechselwirkungen vor Augen hat. Eine Aufweichung des einheitlichen ärztlichen oder zahnärztlichen Berufsbildes durch parakademische medizinische Hilfsberufe, wäre ein entscheidender Rückschritt für die Qualität der medizinischen Versorgung.

Wir bezweifeln auch, dass die vorgeschlagenen Datenerhebungen zur Personalsituation im Gesundheitswesen oder der vorgeschlagene europäische Ausgleich von etwaigen Überschüssen an Ärzten und Krankenpflegepersonal zu mehr Effizienz führt. Wir befürchten das Gegenteil, nämlich mehr Bürokratie und zusätzliche Kosten. Unabhängig davon sollte man diesen Bereich ohnehin den Marktmechanismen überlassen.

Positiv und weiterführend sehen wir den Vorschlag, die freiberufliche Selbstständigkeit im Gesundheitswesen zu fördern, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist nur zu unterstützen, dass hierbei Hindernisse für unternehmerisches Handeln im



**Freier Verband
Deutscher
Zahnärzte e.V.**

Gesundheitssektor geprüft werden sollen und entsprechend der Lissabon-Strategie kleinere und mittlere Unternehmen gefördert werden sollen.

Um auch zukünftig die Finanzierbarkeit der Gesundheitssysteme zu gewährleisten und dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken, werden die vorgeschlagenen Maßnahmen allerdings nach unserem Dafürhalten nicht in ausreichendem Maße zu dem gewünschten Erfolg führen. Auch die europäischen Staaten müssen in ihrem Kompetenzbereich ihre Gesundheitssysteme auf den Prüfstand stellen und auf Reformbedarf überprüfen. Dies umfasst insbesondere die Systematik der Krankenversicherung, die Rolle Selbstständiger im Gesundheitswesen und die Abgrenzung, welche Gesundheitsleistungen von einer Solidargemeinschaft oder vom einzelnen Individuum zu tragen sind.

Dr. Ernst- J. Otterbach

stv. Bundesvorsitzender FVDZ

Bonn, den 31. März 2009

This paper represents the views of its author on the subject. These views have not been adopted or in any way approved by the Commission and should not be relied upon as a statement of the Commission's or Health & Consumers DG's views. The European Commission does not guarantee the accuracy of the data included in this paper, nor does it accept responsibility for any use made thereof.